

Maja Riniker will in die Regierung

FDP-Nationalrätin wurde vom Rücktritt von Stephan Attiger überrascht. Seither prüfte sie die Kandidatur intensiv.

Claudia Meier

Maja Riniker ist sprachlos. Die Rücktrittsankündigung von Landammann Stephan Attiger aus der Aargauer Regierung per Ende Jahr kam für die FDP-Nationalrätin sehr überraschend, wie sich am 6. Mai zeigte. Obwohl sie schon 2025 – nach ihrem Jahr als höchste Schweizerin – sagte, dass sie eine Kandidatur für den Regierungsrat nicht ausschliessen würde, fehlten der 48-Jährigen nun die Worte.

Jetzt hat sie sich entschieden: Riniker will kandidieren. Zu diesem Entscheid sei sie nach intensiver Überlegung und zahlreichen Gesprächen in den vergangenen Tagen gekommen. Maja Riniker reicht ihre Kandidatur zuhanden der Findungskommission ihrer Partei, der FDP Aargau, ein. Ständerat und Ex-FDP-Schweiz-Präsident Thierry Burkart leitet die Kommission und gab am 7. Mai bekannt, dass er auf eine Kandidatur verzichtet.

Maja Riniker gilt als Kronfavoritin für die Nachfolge von Stephan Attiger. Mit ihrer Zusage dürfte die Nomination durch die FDP reine Formsache sein. Auf die Frage, warum sie mit ihrem Entscheid so lange gewartet hat, schreibt die Suhrebin: «Ich brauchte diese Zeit, um die nun konkrete Option in meinem politischen und privaten/familiären Umfeld seriös zu besprechen.» Anfang März, zum Start der Frühjahrssession, gaben Maja Riniker und ihr Ehemann Florian bekannt, dass sie nach 21 Jahren getrennte Wege gehen. Das Paar hat drei Kinder.

Für Riniker ist das Leben im Aargau ein Privileg

Der Kanton Aargau ist Maja Rinikers persönliche und politische Heimat. Sie ist in Aarau geboren und in Lenzburg aufgewachsen. Zuerst absolvierte die



Nationalrätin Maja Riniker mit den beiden Regierungsräten Stephan Attiger, links, und Markus Dieth, am Bankett auf dem Maienzugplatz Schachen, am 7. Juni 2023 in Aarau.

Bild: Severin Bigler

FDP-Politikerin beim damaligen Bankverein eine KV-Lehre und studierte später berufsbegleitend Betriebsökonomie an der Fachhochschule in Zürich. Zu ihrer Motivation sagt sie: «Die Möglichkeit, die Zukunft unseres Kantons im Regierungsrat aktiv mitzugestalten, betrachte ich als grosse Aufgabe und wäre zugleich eine besondere Ehre.»

Wer im Aargau leben und arbeiten darf, ist laut Maja Riniker privilegiert. «Es ist Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, dass unser Kanton auch in Zukunft attraktiv, erfolgreich und lebenswert bleibt.» Dazu möchte sie im Kollegium des Regierungsrats ihren Beitrag leisten, teilt sie mit.

Ihr sei bewusst, «dass dieses Amt mit grosser Verantwortung verbunden ist – für den Kanton, für meine Partei, aber auch persönlich». Maja Riniker traut sich dieses Amt zu. Sie übernahm Verantwortung als Schulpflegerin, Grossrätin und Nationalrätin. Führungserfahrung sammelte sie in der Privatwirtschaft, bei Verbänden und Stiftungen sowie im politischen Umfeld.

Ob sie wie Stephan Attiger dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt vorstehen werde, sei Sache des Regierungsrats. Auf jeden Fall würde sie das Amt als Regierungsrätin mit Demut, Verantwortungsbewusstsein und grossem Engagement ausüben. Maja Riniker

hofft nun auf das Vertrauen ihrer Partei, damit sie als Kandidatin nominiert wird.

Jeanine Glarner und Lukas Pfisterer verzichten

Bereits am Samstag haben die beiden FDP-Grossratsmitglieder Jeanine Glarner und Lukas Pfisterer ihren Verzicht auf eine Regierungsrats-Kandidatur bekannt gegeben. «Das Amt als Regierungsrätin reizt mich enorm», schrieb Glarner auf LinkedIn. Sie habe sich aber gegen eine Kandidatur entschieden. Den Ausschlag gaben ihre aktuellen Verpflichtungen. Jeanine Glarner engagiert sich mit grosser Leidenschaft als Gemeindeammann von Möriken-Wildegg und hat in den vergan-

genen fünf Jahren zudem eine eigene Firma aufgebaut.

Auch der ehemalige Grossratspräsident Lukas Pfisterer nahm sich selbst aus dem Rennen für die Attiger-Nachfolge. Der 53-jährige Anwalt und Baurechts-Spezialist aus Aarau teilte mit: «Nach sorgfältiger Prüfung habe ich entschieden, nicht zu kandidieren.»

Schafft Maja Riniker diesen Herbst die Wahl in den Aargauer Regierungsrat, kommt es, wie 2024 bei Martina Bircher, zum Sesselnücken im Nationalrat. Dann würde Grossrat Adrian Schoop aus Baden nach Bern wechseln. Bei den eidgenössischen Wahlen 2027 könnte er nächstes Jahr vom Bisherigen-Bonus profitieren.

Regierung gegen Bargeld-Pflicht

Grosser Rat Im vergangenen Herbst ersetzte die Busbetrieb Aarau AG (BBA) ihre Billett-Automaten durch bargeldlose Maschinen. Daran hatten nicht alle Freude, es hagelte Kritik. Zudem war der Ansturm auf die Schulungen für die neuen Geräte grösser als erwartet.

Das Beispiel BBA ist der Ursprung eines Vorstosses im Aargauer Kantonsparlament. Wer in einen Bus oder Zug steigt, soll das Billett mit Bargeld zahlen können, finden bürgerliche Grossratsmitglieder rund um Daniele Mezzi (Mitte). Sie verlangen die Noten- und Münzpflicht. Demnach sollen Verkehrsanbieter, die Personen im Aargau befördern, verpflichtet werden, Bargeld zu akzeptieren.

Jetzt äussert sich erstmals der Regierungsrat dazu – und zwar kritisch. Kantonale Regelungen zum Verkauf von Fahrweisen erachtet er «nicht als sinnvoll», weil sich die Nutzerinnen und Nutzer über die Kantons Grenzen hinaus bewegen. Für den Vertrieb sei nicht der Kanton zuständig, es seien die Transportunternehmen. Das geht aus seiner Antwort auf Mezzis Vorstoss hervor.

Der Erwerb von Billetten im öffentlichen Verkehr habe sich in den vergangenen Jahren stark verändert, hält der Regierungsrat weiter fest. In der A-Welle sei der digitale Verkauf zwischen 2021 und 2025 von rund der Hälfte des Umsatzes auf drei Viertel des Umsatzes gestiegen. «Demgegenüber hat sich der Verkauf an Automaten von 38 Prozent auf 17 Prozent mehr als halbiert.» Der Umsatz von Verkäufen bei der Chauffeuse oder beim Chauffeur und am Schalter sei im einstelligen Prozentbereich und ebenfalls leicht rückläufig.

Laut Regierungsrat erfordert ein konventioneller Billett-Automat mit Bargeldannahme einen grossen Unterhaltsaufwand. Unter anderem deshalb habe sich die Branche entschieden, den Verkauf weitgehend zu digitalisieren, «dies auch mit der Absicht, die Systeme zu vereinfachen und möglichst kostengünstig zu betreiben».

Niemand soll ausgeschlossen sein

Gleichzeitig weist die Regierung darauf hin, dass bei der Organisation des Billettkaufs sicherzustellen sei, «dass niemand faktisch vom Zugang zum öffentlichen Verkehr ausgeschlossen wird». Entscheidend sei dabei nicht, ob Bargeld an jedem Automaten akzeptiert werde, sondern ob alle Personen eine realistische und zumutbare Möglichkeit hätten, ein Billett zu erwerben.

Billette können über Smartphones, Automaten oder alternative Lösungen gekauft werden. «Dazu gehören beispielsweise Verkaufsstellen oder Prepaid-Lösungen, die mit Bargeld aufgeladen werden können.» Gemäss Regierungsrat ermögliche das auch Personen ohne Smartphone oder Kreditkarte, Billette zu kaufen. Damit bleibe der Zugang zum öffentlichen Verkehr gewährleistet, ohne dass ein Automat Bargeld akzeptieren müsse. (nm)

Zerstörtes Plakat und ein erzürnter SVP-Politiker

In Unterlunkhofen demolierten Vandalen ein Plakat, das für die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» wirbt.

Matthias Niederberger

In knapp einem Monat stimmt die Schweiz über die 10-Millionen-Initiative der SVP ab. Sie will die ständige Wohnbevölkerung begrenzen. Eine brisante Forderung, die sowohl bei Befürwortern als auch bei Gegnern Emotionen weckt.

In Unterlunkhofen blieb es nicht bei verbalen Ausfällen. Fotos zeigen ein zerstörtes Abstimmungsplakat, das für die Initiative wirbt. «Schweiz schützen», steht darauf. Vor der Wut der Vandalen schützte das nicht.

Verbreitet hat die Fotos Christoph Hagenbuch, Aargauer SVP-Grossrat und Präsident des kantonalen Bauernverbands. Er hat die Aufnahmen nicht selbst gemacht, sondern bekam sie zugeschickt. Seinen



Christoph Hagenbuch erhielt die Bilder des zerstörten Plakats zugeschickt.

Bild: zvg

Ärger tut er offen kund: «Wir hatten ein paar Jahre Ruhe in unserer Region, alle politischen Plakate waren vor Vandalismus sicher. Nun haben wir wieder solche Deppen, die keine eigenen Argumente haben und offensichtlich die Debatte scheuen und lieber nur destruktiv unterwegs sind.»

Mit solchen Aktionen trete man nicht nur die Demokratie mit Füssen, sondern vor allem auch die Leute, die die Meinung der Plakate teilen, findet Hagenbuch. In diesem Fall sei das laut aktuellen Prognosen etwa die Hälfte der Stimmbevölkerung.

Grossrat verspricht Belohnung von 500 Franken

Weiter sagt Hagenbuch: «Ich finde solche Aktionen ganz

schlimm und einer demokratischen Auseinandersetzung nicht würdig.» Das sei «schlechter Stil». Ihm gehe es dabei nicht um die persönliche politische Meinung, sondern ums Prinzip. Auch bei Kontra-Plakaten hätte er sich geärgert, versichert Hagenbuch.

Der SVP-Grossrat ist überzeugt, dass das Plakat mutwillig zerstört wurde: «Es wurde zusammengeschlagen, kein Unwetter richtet so etwas an.» Auf eine Strafanzeige verzichtet er trotzdem. Polizei und Staatsanwaltschaft hätten Besseres zu tun, findet er. Aber: Christoph Hagenbuch verspricht eine Belohnung von 500 Franken für einen «zweckdienlichen Hinweis», der zur «Überführung der Täterschaft» führt. Man kann sich bei ihm melden.